

von 21. 11. 67 21.

sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds sds

Rektor Rüegg probt den Notstand in der Universität.

Den am Go-in zu Carlo Schmid beteiligten Studenten drohen Repressalien und Disziplinarverfahren.

- Rektor Rüegg setzte sich mit seiner Person für den Minister der großen Koalition ein und betätigte sich als Saalschützer, um wie er formulierte ein "massenhaftes Eindringen" (FAZ) der SDS-Mitglieder zu verhindern.
- Sein Chauffeur fungierte als private Geheimpolizei und fotografierte beteiligte Studenten.
- Sein Justitiar recherchierte die Namen von SDS-Mitgliedern und forderte Studenten zur Denunziation ihrer Kommilitonen auf.
- Am gestrigen Nachmittag im Hochschulsoziologischen Seminar von Prof. von Friedeburg mußte er, von Studenten zur Rede gestellt, schließlich zugeben, es ausschließlich auf zwei oder drei Studenten abgesehen zu haben.

Diese Studenten sollen exemplarisch bestraft werden, um die Studentenschaft von politischer Opposition abzuschrecken.

Wir fordern die Studenten auf, diese Absicht der Universitätsadministration durch Selbstanzeigen zu durchkreuzen.

In einem Telegramm an den SDS bezeichnete der Rektor Rüegg das geplante Go-in als "Einübung faschistischer Terrormethoden". Den provokativen Protest und die politische Demonstration gegen die Vorbereitung des Notstandsterrors als faschistisch zu diffamieren, ist ein Hohn auf die Opfer von Auschwitz. Der SDS verweigert sich den formalen Spielregeln etablierter Diskussionen deshalb, weil diese den herrschenden Notstandsplanern nur zur Verschleierung ihres Vorhabens dienen, die Demokratie von innen her abzuschaffen.

Veranstaltungen unter dem Titel "Enteignet Springer" gelten als nicht förderungswürdig.

Der Versuch, die Vorlesung eines Wissenschaftlers der Politik und Ministers der großen Koalition zum politischen Diskussionsforum über die geplanten Notstandsgesetze zu machen, wird seitens der Universitätsadministration mit der Androhung von Zwangsmaßnahmen beantwortet.

Die Studentenschaft soll politisch entmündigt werden. Die Politisierung von Wissenschaft und Hochschule soll verhindert werden.

WIR RUFEN DIE STUDENTEN AUF, SICH GEGEN DIESEN VERSUCH ZUR WEHR ZU SETZEN.